

STELLUNGNAHME zum Antrag	Gremium:	56. Plenarsitzung Gemeinderat
GRÜNE-Gemeinderatsfraktion	Termin:	17.12.2013
vom: 16.10.2013	Vorlage Nr.:	2013/0158
eingegangen: 16.10.2013	TOP:	21
	Verantwortlich:	öffentlich
		Dez. 2
Aufwertung der online-gestützten Bürgerbeteiligung in Karlsruhe		

- Kurzfassung -

Die Verwaltung unterstützt die Intention des Antrags und empfiehlt, die Aufwertung der online-gestützten Bürgerbeteiligung im Zusammenhang mit der geplanten Open-Government-Strategie zu diskutieren. Die Open-Government-Strategie soll im kommenden Frühjahr entwickelt und dem Gemeinderat nach der Kommunalwahl zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Auftakt hierfür bildet ein Open-Government-Forum, bei dem Open Government erklärt, diskutiert und die Grundzüge des weiteren Vorgehens erörtert werden.

Finanzielle Auswirkungen des Antrages		nein ☒ ja ☐	
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)
Kontierungsobjekt:		Kontenart:	
Ergänzende Erläuterungen:			
ISEK Karlsruhe 2020 - relevant	nein ☐ ja ☒	Handlungsfeld: Bürgergesellschaft	
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein ☒ ja ☐	durchgeführt am	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein ☒ ja ☐	abgestimmt mit	

Zu 1.:

Die bisher in Karlsruhe bestehenden Angebote für online-Beteiligungsformen und Perspektiven für weitere solche Angebote werden in einem Bericht an den Gemeinderat zusammengetragen. Sofern für einzelne Angebote sinnvoll möglich, soll der Bericht eine erste Evaluation dieser Beteiligungsangebote beinhalten. Der Bericht wird in einem geeigneten Fachausschuss beraten.

Zu 2.:

Dem Gemeinderat wird dargelegt, unter welchen finanziellen und personellen Bedingungen ein integriertes Bürgerbeteiligungsportal in Karlsruhe etabliert werden kann.

Zu 3.:

Die Verwaltung sucht geeignete Pilotprojekte zur online-Beteiligung aus, welche aus laufenden Mitteln oder vertretbarem überplanmäßigem Aufwand finanziert werden können. Dabei wäre wünschenswert, sowohl ein Pilotprojekt im Bereich der Kinder- und Jugendbeteiligung als auch ein Pilotprojekt im Bereich der klassischen Bürgerbeteiligung, wie z. B. die Begleitung sowie die Vor- und Nachbereitung einer Bürgerversammlung, zu realisieren.

Zu 4.:

Die Informationen und Angebote zur Bürgerbeteiligung in Karlsruhe werden zentraler und augenfällig auf der Startseite der Homepage dargestellt und stärker beworben.

Das Bürgermeisteramt unterstützt die Intention des Antrags und schlägt vor, die Frage eines integrierten Beteiligungsportals im Zusammenhang mit der geplanten Open-Government-Strategie zu diskutieren. Diese Open-Government-Strategie soll im kommenden Frühjahr entwickelt und dem Gemeinderat nach der Kommunalwahl zur Beschlussfassung vorgelegt werden. In dem Zusammenhang sind auch geeignete Pilotprojekte auszuwählen.

"Open Government" ist ein Synonym für offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln auf Grundlage moderner Kommunikationstechnologien. Zentrale Elemente sind Transparenz, Partizipation und Kooperation.

- **Transparenz** bedeutet, dort wo es rechtlich möglich und zweckmäßig ist, einen freien Zugang zu Informationen der Verwaltung zu schaffen. Mögliche Maßnahmen sind eine Informationsfreiheitssatzung, ein Open-Data-Portal (Offenlegung von Verwaltungsdaten in maschinenlesbarer Form), das städtische Ratsinformationssystem und anderes mehr.
- **Partizipation** meint das Gehört-Werden und Mitwirken der Bürgerschaft als Prinzip kommunalen Verwaltungshandelns. Die Beteiligung kann auf vielerlei Weise realisiert werden, angefangen von der Ad-Hoc-Moderation von Anwohnerkonflikten im Wohnviertel bis zum stadtweiten Bürgerentscheid.
- **Kooperation** meint das aktive Mitwirken von Bürgerinnen und Bürgern in öffentlichen Angelegenheiten. Dies hat im sozialen Bereich bereits eine lange Tradition. Im administrativen Bereich ist eine auf Zusammenarbeit ausgelegte Verwaltungskultur aber erst mit moderner Kommunikationstechnik auf breiterer Basis möglich. Beispiele hierfür sind KA-Feedback oder ein so genannter Bürgerhaushalt.

Auf einem Open-Government-Forum Anfang kommenden Jahres soll Open Government erklärt, diskutiert und die Grundzüge des weiteren Vorgehens erörtert werden. Die Ergebnisse des Forums sollen dann in einem offenen Prozess zu einer Strategie fortentwickelt werden.

Die Stadt Karlsruhe hat im Integrierten Stadtentwicklungskonzept Karlsruhe 2020 das Ziel formuliert, wichtige Vorhaben künftig noch stärker unter Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger zu entwickeln. Als erster Schritt wurde auf der Startseite www.karlsruhe.de eine Rubrik "Beteiligen Sie sich!" eingerichtet, die auf eine Übersichtsseite mit allen aktuellen und bereits abgeschlossenen Beteiligungsverfahren führt. Diese Beteiligungsseite bietet keine unmittelbaren Online-Beteiligungsmöglichkeiten, sondern stellt ein Informationsangebot dar und verlinkt die projektrelevanten Seiten.

Im Rahmen von Bebauungsplanverfahren können Bürgerinnen und Bürger Stellungnahmen und Anregungen online eingeben. Darüber hinaus hat die Stadt Karlsruhe im Rahmen der Beteiligung zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept Karlsruhe 2020 (ISEK 2020) online-gestützte Beteiligungsmöglichkeiten angeboten. In der Phase der Strategieentwicklung bestand die Möglichkeit, Kommentare, Ideen und Anregungen zu den Informationen des Zukunftsforums per E-Mail einzuspeisen. In einem weiteren Schritt bestand die Möglichkeit, Anregungen zur Konkretisierung der beschlossenen ISEK-Strategien in Online-Foren zur Diskussion zu stellen. Tatsächlich wurden diese Foren allerdings kaum zur Diskussion, sondern fast ausschließlich zur Eingabe von Ideen genutzt. Die 40 in dieser zweiten Online-Phase eingegangenen Anregungen und Ideen wurden von der Verwaltung geprüft und mit Antworten bzw. Kommentaren der Verwaltung unter www.karlsruhe.de/b4/buergerengagement/karlsruhe2020/beteiligungsergebnis.de dokumentiert.

Um für zukünftige Projekte der Stadtverwaltung eine breitere Beteiligung zu erreichen, ist ein einladendes (technisch aufwändigeres) Online-Angebot, eng begleitende Kommunikationsveranstaltungen, ein zeitlicher Vorlauf sowie insgesamt ein stärkerer Einsatz von personellen und finanziellen Ressourcen als bisher in allen Dienststellen vonnöten, da schon diese begrenzten Erfahrungen gezeigt haben, dass in den Fachdienststellen ein erheblicher Mehraufwand durch Prüfung und Beantwortung der eingehenden Bürgeranregungen entsteht.

Im Rahmen der Entwicklung einer Open-Government-Strategie können bisherige Erfahrungen erörtert sowie der Umfang eines Bürgerbeteiligungsportals, die hierfür erforderlichen Ressourcen, geeignete Pilotprojekte und eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit definiert werden.